

Handbuch der Testamentsgestaltung

Grundlagen und Gestaltungsmittel
für Verfügungen von Todes wegen und
vorbereitende Erbfolgemeasuresnahmen

Begründet von

Dr. Heinrich Nieder

Notariatsdirektor a.D.

Bearbeitet von

Dr. Reinhard Kössinger

Notar, Illertissen

Dr. Damian Wolfgang Najdecki

Notar, München

Dr. Winfried Kössinger

Notar, München

Dr. Josef Zintl, LL.M.

Notar, Neuburg a.d. Donau

6. Aufl. 2020



Zitiervorschlag:

W. Kössinger/Najdecki in Nieder/Kössinger Testamentsgestaltung-HdB § ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 74650 5

© 2020 Verlag C.H. Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Beltz Grafische Betriebe GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: 3w+p GmbH, Rimpf

Umschlaggestaltung: Ralph Zimmermann – Bureau Parapluie



[chbeck.de/nachhaltig](https://www.chbeck.de/nachhaltig)

Gedruck auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 6. Auflage

Die Nachkriegsgeneration wird zur Erblässergeneration: Vermögen im Werte von bis zu 400 Milliarden Euro geht jährlich in Deutschland mittels Schenkung oder Erbschaft auf nahestehende Personen über nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Die Beratung der Erblässer sowie der empfangenden Generation zum Erbrecht und dem zugehörigen Steuerrecht, insbesondere zur Erbschaft- und Schenkungsteuer als auch zu Ertragsteuern, hat eine große Bedeutung erhalten. Eine sachkundige, auf den jeweiligen Einzelfall abgestimmte Gestaltung von letztwilligen Verfügungen – Testamenten und Erbverträgen – ist tägliche Hauptaufgabe des Kautelarjuristen geworden. Die Bedeutung einer rechtssicheren Verfügung ist erkennbar aus der Vielzahl von Rechtsstreitigkeiten im Erb- und Pflichtteilsrecht.

Knapp fünf Jahre nach Erscheinen der 5. Auflage war durch die 6. Auflage den eingetretenen Änderungen Rechnung zu tragen. Die Neuauflage beinhaltet die gesetzlichen Änderungen, insbesondere das Gesetz zur Anpassung des Erbschaft- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des BVerfG (ErbStRG), das Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz, BTHG) und das Gesetz zur Verhinderung von Kinderehen. Daneben ist die vielfältige ergangene Rechtsprechung berücksichtigt, z. B. die Entscheidungen des EuGH zur erbrechtlichen Qualifikation des güterrechtlichen Viertels (§ 1371 Abs. 1 BGB) und zur Anerkennung der Vindikationslegat in ausländischen letztwilligen Verfügungen, der Beschluß des BVerfG zur Verfassungsmäßigkeit des § 2325 Abs. 3 S.3 BGB, die Rechtsprechung des BGH, z. B. zum Fristanlauf nach § 2325 Abs. 3 BGB bei vorbehaltenem Wohnungsrecht und zur Pflichtteilsrelevanz von Finanzierungsleistungen des Ehegatten, zur Auslegung von gemeinschaftlichen Testamenten für den Fall des „gleichzeitigen Todes“ und dessen Sperrwirkung für spätere letztwillige Verfügungen, zur Zulässigkeit von Schiedsklauseln in Testamenten, zur Vererblichkeit des Zugangs zu Accounts bei Sozialen Medien uvm.

Die 6. Auflage entstand erstmals unter Mitwirkung der bayerischen Notarkollegen Dr. Damian Najdecki, München, und Dr. Josef Zintl, Neuburg a. d. Donau, welche nicht nur erfahrene Praktiker in der täglichen Anwendung des Erbrechts, sondern jeweils auch wissenschaftlich ausgewiesen sind. Unsere Anerkennung gilt unverändert dem verstorbenen Notariatsdirektor a. D. Dr. Heinrich Nieder, der das Werk im Jahr 1992 begründet hat und in der 3. und 4. Auflage wertvoller Mitautor war.

Die Autoren und der Verlag sind für Kritik, Anregungen und Ergänzungsvorschläge dankbar.

Illertissen/München/Neuburg a. d. Donau, im Oktober 2019

*Reinhard Kössinger
Winfried Kössinger
Damian Najdecki
Josef Zintl*

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 6. Auflage	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Literatur	XLI

1. Teil. Überlegungen vor der Gestaltung von Verfügungen von Todes wegen

§ 1 Feststellung der gesetzlichen Erbfolge und des mutmaßlichen Nachlasses	1
§ 2 Das Pflichtteilsrecht als Schranke der erbrechtlichen Gestaltungsfreiheit	87
§ 3 Sonstige Schranken der Gestaltungsfreiheit	203
§ 4 Verfügungen von Todes wegen und Rechtsgeschäfte unter Lebenden	251
§ 5 Grundzüge des internationalen Erbrechts	284
§ 6 Grundzüge des Erbschaftsteuerrechts und steuerlich zweckmäßiger Gestaltungsmöglichkeiten	312
§ 7 Die Feststellung der Testierfähigkeit des Erblassers sowie die Aufgaben und Pflichten der Beratungsperson bei Verfügungen von Todes wegen	386

2. Teil. Die erbrechtlichen Gestaltungsmittel

§ 8 Zuwendungen des Nachlasses im Ganzen oder zu Bruchteilen	417
§ 9 Zuwendung einzelner Nachlassgegenstände	467
§ 10 Gestaltungen zur Erhaltung des Nachlasses für Endbedachte	508
§ 11 Erbrechtlich bindende Verfügungen von Todes wegen und die Möglichkeit ihrer Beseitigung	594
§ 12 Die Durchbrechung der erbrechtlichen Bindungswirkung durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden	641
§ 13 Die Sicherung erbrechtlicher Erwerbsaussichten	656
§ 14 Gestaltungsmöglichkeiten von Ehegattenverfügungen von Todes wegen	676
§ 15 Einflussnahme des Erblassers über seinen Tod hinaus	735
§ 16 Widerruf und Aufhebung von Verfügungen von Todes wegen	854

3. Teil. Form, Formulierung und Aufbau von Verfügungen von Todes wegen

§ 17 Die Form der Errichtung von Verfügungen von Todes wegen	867
§ 18 Aufbau und äußere Gestaltung von Verfügungen von Todes wegen	906

4. Teil. Vorbereitende Erfolgemaßnahmen durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden

§ 19 Verträge mit und unter künftigen Erben	911
§ 20 Gesellschaftsvertragliche Nachfolgeregelungen	948

5. Teil. Fallgruppen von Gestaltungsmöglichkeiten von Todes wegen

§ 21 Regelungstypen im Privatbereich	987
§ 22 Typische Regelungsziele der Erblasser im Unternehmensbereich	1069

6. Teil. Die Beeinflussung der Erbfolge nach dem Erbfall

§ 23 Die Auslegung von Verfügungen von Todes wegen	1085
§ 24 Die Anfechtung von Verfügungen von Todes wegen	1117
§ 25 Die Ausschlagung der Erbschaft	1139

Stichwortverzeichnis	1149
----------------------------	------

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 6. Auflage	V
Inhaltsübersicht	VII
Literatur	XLI

1. Teil. Überlegungen vor der Gestaltung von Verfügungen von Todes wegen

§ 1 Feststellung der gesetzlichen Erbfolge und des mutmaßlichen Nachlasses	1
I. Die gesetzliche Erbfolge	3
1. Gesetzliche Erbfolge nach einem unverheirateten Erblasser	4
2. Die gesetzliche Erbfolge nach einem verheirateten Erblasser	7
a) Die Auswirkung der Eheaufhebung und Ehescheidung auf die gesetzliche Erbfolge	7
b) Die Feststellung des gesetzlichen Ehegattenerbrechts	8
c) Verheirateter Erblasser im gesetzlichen Güterstand der Zugewinnngemeinschaft	9
d) Verheirateter Erblasser in Gütergemeinschaft ohne Vereinbarung der Fortsetzung	13
e) Verheirateter Erblasser in Gütertrennung	14
f) Der Voraus des überlebenden Ehegatten	16
g) Der Dreißigste	20
h) Beeinflussung der gesetzlichen Ehegattenerbfolge durch Wahl des Güterstandes	20
3. Das gesetzliche Erbrecht des Lebenspartners	25
4. Gesetzliches Erbrecht bei „Nichtehelichen“	25
a) Die Regelungen bis zum 1. 4. 1998	25
b) Die Regelung für Erbfälle bis 28. 5. 2009	27
c) Gesetzliche Neuregelung für Erbfälle ab dem 29. 5. 2009 und nachfolgende Rechtsprechung	29
5. Gesetzliches Erbrecht bei Adoption	30
a) Die Änderung des Adoptionverfahrens	30
b) Erbrechtliche Wirkung der Altadoptionen	30
c) Erbrechtliche Wirkung der Volladoption Minderjähriger	31
d) Erbrechtliche Wirkung der Adoption Volljähriger	31
e) Die Überleitung der Altadoptionen	32
f) Die Aufhebung der Adoption	33
g) Die erbrechtliche Wirkung der Verwandtenadoption	34
h) Die erbrechtliche Wirkung der Stiefkindadoption	35
i) Hinweise für die Beratungs- und Beurkundungspraxis	36
6. Die Feststellung des Fiskalerbrechts	38
7. Aneignungsrecht des Fiskus	40
II. Die Feststellung des vermutlichen Nachlasses	40
1. Notwendigkeit	40
2. Unvererbliche Rechtsbeziehungen	41
3. Digitaler Nachlass	42
4. Auf Lebenszeit beschränkte oder auf den Tod bestellte Rechte	44
a) Gesetzlich auf Lebenszeit beschränkte Rechte	44
b) Quasivererblichkeit von auf Lebenszeit beschränkten Rechten ...	46

c) Rechtsgeschäftlich auf Lebenszeit beschränkte oder auf den Tod bestellte Rechte	48
5. Rechtsgeschäfte unter Lebenden auf den Todesfall	52
6. Das sog. Oder-Gemeinschaftskonto	53
7. Unentgeltliches schuldrechtliches Wohnrecht auf den Tod	54
8. Haftung für fremde Schuld	55
a) Bürgschaften	55
b) Abstrakte Schuldversprechen und Grundschuldbestellungen im Fremdinteresse	55
9. Vererbung von Anwartschaftsrechten und Rechtslagen	56
10. Ansprüche wegen enttäuschter Erberwartung oder fehlgeschlagener Vergütungserwartung	59
a) Bei Dienstleistungen	59
b) Bei sonstigen Leistungen	59
11. Ansprüche aus der Beendigung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft	60
12. Kostenersatz und Anspruchsüberleitung nach Sozialhilferecht (SGB XII)	63
a) Erstattungsansprüche gegen den Erblasser	63
b) Kostenerstattungspflicht der Erben gem. § 102 SGB XII	64
c) Die Überleitung des Schenkungswiderrufsanspruchs nach § 528 BGB	66
d) Die Überleitung anderer Ansprüche des Hilfeempfängers insbesondere von Versorgungsansprüchen (§ 93 SGB XII)	67
e) Überleitung von Unterhaltsansprüchen nach bürgerlichem Recht (§ 94 SGB XII)	68
f) Der Zugriff auf erbrechtliche Ansprüche	68
13. Die Vererbung erbrechtlicher Rechtsstellungen	68
a) Unvererblichkeit der Erbaussicht	68
b) Unvererblichkeit der Aussicht auf Vermächtniserwerb	69
c) Vererblichkeit der Nacherbenanwartschaft	70
d) Vererblichkeit der Rechtsstellung des Vorerben	73
e) Vererblichkeit des entstandenen Pflichtteilsanspruchs	73
f) Vererbung der Haftung des Beschenkten für den Pflichtteilergänzungsanspruch	74
g) Vererblichkeit des Ausschlagungsrechts	74
14. Die Vererblichkeit familienrechtlicher Rechtsstellungen	77
a) Die vererbliche naheehelichen Unterhaltspflicht gem. § 1586b BGB	77
b) Die Vererblichkeit des güterrechtlichen Zugewinnausgleichsanspruchs	78
c) Vererblichkeit des Miterbenvorkaufsrechts	79
d) Vererblichkeit bei der Gütergemeinschaft	79
e) Unterhaltsanspruch der schwangeren Erbenmutter (§§ 1963, 2141)	80
15. Vererblichkeit des Schmerzensgeldanspruchs	81
16. Vererblichkeit von Mitgliedschaftsrechten	81
a) Rechtsfähiger Verein	81
b) Eingetragene Genossenschaften	81
c) Gesellschaft mit beschränkter Haftung	81
d) Aktiengesellschaft	82
e) Offene Handelsgesellschaft	82
f) Kommanditgesellschaft	83

g) Die Partnerschaftsgesellschaft	83
h) Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	84
i) Stille Gesellschaft	84
17. Vereinigung von Schuld und Forderung durch den Erbfall (Konfusion)	84
§ 2 Das Pflichtteilsrecht als Schranke der erbrechtlichen Gestaltungsfreiheit	87
I. Der ordentliche Pflichtteil	90
1. Rechtsnatur und Höhe des Pflichtteils	90
2. Pflichtteilsberechtigte Angehörige	91
3. Entstehung und Voraussetzung des ordentlichen Pflichtteilsanspruchs	92
a) Voller Pflichtteil	93
b) Zusatzpflichtteil	95
c) Beschränkungen oder Beschwerungen nach früherer Rechtslage	95
d) Quoten- oder Wertvergleich?	96
e) Beginn der Ausschlagungsfrist zwecks Pflichtteilsverlangen	96
f) Wirkung der Ausschlagung zwecks Pflichtteilsverlangen	98
g) Feststellung des für die Pflichtteilsquote maßgeblichen Erbteils ...	100
h) Besonderheiten des Ehegattenpflichtteils bei der Zugewinnngemeinschaft	101
4. Die für den Pflichtteil maßgebliche Nachlassbewertung	104
a) Feststellung des Nachlassbestandes	104
b) Die Bestimmung des Nachlasswertes	108
c) Einzelfälle der Nachlassbewertung	110
5. Die Träger der ordentlichen Pflichtteilslast	120
a) Im Außenverhältnis	120
b) Im Innenverhältnis	121
c) Abweichende Regelung der Pflichtteilslast durch den Erblasser ..	124
6. Der Schutz des eigenen Pflichtteils des Bedachten	124
a) Der Schutz des Erbenpflichtteils	125
b) Ist der Erbe oder Miterbe selbst pflichtteilsberechtigt und	125
c) Der Schutz des Pflichtteils des Vermächtnisnehmers	127
7. Folgerungen für die Beurkundungspraxis	127
8. Übersicht über die Pflichtteilsrechte von Erben und Vermächtnisnehmern	128
II. Der außerordentliche Pflichtteil (Pflichtteilergänzungsanspruch wegen Schenkungen)	130
1. Zweck und Anspruchsinhalt	130
2. Nachlassminderung durch Schenkung des Erblassers	131
a) Schenkungsbegriff	131
b) Missverhältnis von Leistung und Gegenleistung	132
c) Einzelfälle	133
3. Ausschlussfrist für die Berücksichtigung der Schenkung (zeitliche Schranke)	144
4. Die Berechtigten des Pflichtteilergänzungsanspruchs	146
a) Enterbte als Berechtigte (§ 2325)	146
b) Erben als Berechtigte (§ 2326)	149
5. Die Schuldner der Pflichtteilergänzungsansprüche	149
a) Der selbst nicht pflichtteilsberechtigte Erbe	149
b) Der selbst pflichtteilsberechtigte Erbe	150
c) Die subsidiäre Haftung des Beschenkten	150
6. Die Berechnung des Pflichtteilergänzungsanspruchs	153
a) Bei Schenkungen an Dritte, dh Nichterben	153

b) Bei Eigenschenkungen an den Ergänzungsberechtigten selbst	154
c) Die Bewertung der Schenkung beim Pflichtteilsergänzungsanspruch (Niederstwertprinzip)	155
7. Folgerungen für die Beurkundungspraxis	159
III. Die Berücksichtigung von Vorempfängen bei Erb- und Pflichtteilsansprüchen	160
1. Die Ausgleichung von Vorempfängen bei der Erbteilung (Erteilungsausgleichung)	161
a) Beim Vorliegen der gesetzlichen Erbfolge (§§ 2050 ff.)	161
b) Beim Vorliegen von Quotengleichheit bei der gewillkürten Erbfolge (§ 2052)	161
c) Normzweck	162
d) Ausgleichungspflichtiger und -berechtigter Personenkreis	162
e) Gegenstand der Erteilungsausgleichung	163
f) Ausgleichungsvoraussetzungen	163
g) Übersicht über die gem. § 2050 ausgleichspflichtigen Zuwendungen	167
h) Einflussmöglichkeit des Erblassers auf die Erteilungsausgleichung	168
i) Zeitpunkt und Form der Ausgleichungsanordnung gem. § 2050 Abs. 3	168
k) Möglichkeiten und Grenzen nachträglicher Ausgleichungsanordnung oder ihre Aufhebung	169
l) Durchführung der Ausgleichung bei der Erbauseinandersetzung	171
m) Ausgleichung bei besonderen Leistungen eines Abkömmlings (§ 2057a)	173
n) Der Auskunftsanspruch der gesetzlichen Erben über Vorempfänge nach § 2057 BGB	174
o) Folgerungen für die Beurkundungspraxis	175
2. Die Fernwirkungen der Erteilungsausgleichung auf den Pflichtteil (Pflichtteilsausgleichung)	180
a) Pflichtteilsausgleichung auf Grund hypothetischer gesetzlicher Erbfolge	180
b) Die Durchführung der Pflichtteilsausgleichung	182
3. Die Anrechnung von Vorempfängen auf den Pflichtteil	184
a) Die Anrechnungspflicht	184
b) Die Anrechnungsbestimmung	185
c) Die Durchführung der Anrechnung	186
d) Folgerungen für die Beurkundungspraxis	188
4. Streitvermeidende Regelungen bezüglich künftiger Pflichtteilsansprüche	190
5. Das Zusammentreffen von Ausgleichungs- und Anrechnungspflicht	193
6. Der Pflichtteilsergänzungsanspruch neben Ausgleichung und Anrechnung	193
a) Pflichtteilsergänzung nach §§ 2325 ff. neben der Ausgleichung gem. §§ 2316, 2050 ff.	193
b) Pflichtteilsergänzungsanspruch bei Eigengeschenk gem. § 2327 Abs. 1 S. 2 neben der Pflichtteilsanrechnung gem. § 2315	194
c) Pflichtteilsergänzungsanspruch bei Eigengeschenk gem. § 2327 neben der Ausgleichungspflicht gemäß § 2316	195
7. Anrechnung und Zugewinnausgleich	195

IV. Der Auskunfts- und Wertermittlungsanspruch des Pflichtteilsberechtigten	196
1. Anspruchsinhalt	196
2. Anspruchsgläubiger	197
3. Anspruchsschuldner	198
4. Prozessuale Durchsetzung	198
V. Die Verjährung im Pflichtteilsrecht	198
VI. Pflichtteil und Erbschaftsteuer	200
§ 3 Sonstige Schranken der Gestaltungsfreiheit	203
I. Gesetz- oder sittenwidrige Verfügungen von Todes wegen	204
1. Verstoß gegen Verbotsgesetze	204
a) Allgemein	204
b) Zuwendungsverbot nach § 14 HeimG	204
2. Verstoß gegen die guten Sitten	208
a) Der Rechtsbegriff der guten Sitten	208
b) Einzelfälle sittenwidriger Verfügungen von Todes wegen	209
c) Insbesondere das Geliebtentestament	210
d) Insbesondere das Behindertentestament	212
e) Insbesondere sittenwidrige Bedingungen	213
f) Aushöhlungsichtigkeit bindender Verfügungen von Todes wegen	216
g) Für die Beurteilung maßgeblicher Zeitpunkt	217
h) Rechtsfolgen des Verstoßes gegen die guten Sitten	217
i) Sittenwidriges Zustandekommen einer Verfügung von Todes wegen	218
II. Einschränkungen durch den erbrechtlichen Typenzwang	219
1. Eingrenzung der Gestaltungsfreiheit im Erbrecht	219
2. Insbesondere Verbote, die der Sicherung der Testierfreiheit dienen ..	220
a) Grundsatz der formellen Höchstpersönlichkeit (Verbot der Stellvertretung)	220
b) Grundsatz der materiellen Höchstpersönlichkeit (Verbot der Drittbestimmung)	220
c) Verbot der Erbenauswahl durch einen Dritten	221
d) Ausnahmen vom Drittbestimmungsverbot	224
e) Insbesondere Auswahl des Bedachten beim Vermächtnis	225
f) Insbesondere Auswahl des Gegenstandes beim Vermächtnis	228
g) Auswahl der Person des Bedachten und des Vermächtnisgegenstandes	229
h) Sog. Supervermächtnis	229
i) Insbesondere Auswahl der Person des Begünstigten und des Leistungsumfanges bei der Auflage	230
3. Insbesondere zeitliche Grenze der Wirksamkeit erbrechtlicher Anordnungen	231
4. Insbesondere Unzulässigkeit rechtsgeschäftlicher Beschränkung der Testierfreiheit	232
a) Geltungsbereich und Normzweck	232
b) Rechtsfolgen des Verstoßes	233
c) Möglichkeiten der Umdeutung	234
d) Zulässige Möglichkeiten zur Beeinflussung des Erblasserwillens ..	234

5. Inhaltliche Grenzen der Selbst- und Fremdbeschränkung der lebzeitigen Verfügungsfreiheit	236
a) Unzulässigkeit einer rechtsgeschäftlichen dinglichen Verfügungsbeschränkung	236
b) Zulässigkeit schuldrechtlicher Verfügungsbeschränkungen	236
c) Verstärkungsmöglichkeiten der schuldrechtlichen Verfügungsbeschränkungen	238
III. Einschränkungen durch Selbstbindung des Erblassers	240
IV. Einschränkung der Testierfähigkeit durch das landwirtschaftliche Sondererbrecht (Anerbenrecht)	241
1. Hofeigenschaft	242
2. Gesetzliche Hoferbenordnung	244
3. Hoferbenbestimmung	244
4. Sondererbfolge	246
5. Abfindung der weichenden Erben	246
6. Die Beschränkung der Testierfähigkeit kraft Höferechts	247
7. Der Schutz des bindend bestimmten Hofnachfolgers vor der Hofaufhebung	248
§ 4 Verfügungen von Todes wegen und Rechtsgeschäfte unter Lebenden	251
I. Schenkungen auf den Todesfall	252
1. Versprechensschenkung von Todes wegen mit Überlebensbedingung = Schenkung von Todes wegen (§ 2301 Abs. 1 BGB)	252
2. Im Vollzug auf den Tod des Schenkers aufschiebend befristete Handschenkungen (§ 516 BGB)	253
3. Versprechensschenkung unter Lebenden auf den Tod ohne Überlebensbedingung = auf den Tod befristete Schenkung (§ 518 BGB)	255
4. Vollzogenes Schenkungsversprechen auf den Tod mit Überlebensbedingung (§ 2301 Abs. 2 BGB)	256
5. Insbesondere die Einschaltung eines Mittlers zum Vollzug von Rechtsgeschäften unter Lebenden auf den Tod	258
6. Prüfungsreihenfolge bei Schenkungen auf den Tod	259
II. Vertrag zugunsten Dritter auf den Tod (§§ 328, 331 BGB)	260
1. Allgemeines zum Vertrag zugunsten Dritter (§§ 328 ff. BGB)	260
2. Verträge zugunsten Dritter auf den Todesfall (§ 331 BGB)	262
3. Schenkungen durch Verträge zugunsten Dritter auf den Tod	263
4. Sicherungsmöglichkeiten gegen den Erbenwiderruf	264
5. Praktische Anwendung der Verträge zugunsten Dritter auf den Tod	265
6. Formulierungsbeispiele für Verträge zugunsten Dritter auf den Tod	269
III. Abgrenzung von lebzeitigen und letztwilligen Rechtsgeschäften und Entscheidungen in Zweifelsfällen	270
1. Abgrenzung	270
2. Wohlwollende Auslegung und Umdeutung	271
IV. Die Kritik an der Zulässigkeit und Wirkung von unentgeltlichen Rechtsgeschäften unter Lebenden auf den Tod	272
V. Die Vorteile von Rechtsgeschäften unter Lebenden auf den Tod gegenüber erbrechtlichen Lösungen	274
1. Umfassende Bindungs- und Sicherungsmöglichkeit	274
2. Formfreiheit	275
3. Keine Höchstpersönlichkeit und kein Verbot von Sukzessivbeurkundungen	275
4. Möglichkeiten der Drittbestimmung des Zuwendungsempfängers ...	276

5. Keine Anfechtung wegen Motivirrtums	276
6. Möglichkeit gegenseitiger Verträge	276
7. Durchbrechung der Bindungswirkung von Erbverträgen und gemeinschaftlichen Testamenten	277
8. Abwicklung am Nachlass vorbei	277
9. Nur Einzelzuwendung	278
10. Ungeeignet für Pflichtteilsminderung und Gläubigerrechteverdrängung	278
11. Kein Wegfall bei Ehescheidung	278
VI. Vergleichende Übersicht der Rechtsgeschäfte unter Lebenden auf den Tod	279
VII. Rechtsgeschäfte unter Lebenden in Verfügungen von Todes wegen	280
1. Widerruf einer Schenkung	280
2. Erteilung und Widerruf einer Vollmacht	280
3. Bestimmung des Dritten beim Vertrag zugunsten Dritter	281
4. „Gegenleistungen“ in Verfügungen von Todes wegen	281
5. Entgeltlicher Erbvertrag	282
6. Rechtsgeschäfte unter Lebenden zur Sicherung erbrechtlicher Erwerbsaussichten	282
§ 5 Grundzüge des internationalen Erbrechts	284
I. Auslandsberührung, Anknüpfungsgegenstand und Anknüpfungspunkt, Qualifikation	285
1. Auslandsberührung	285
2. Staatsvertragliche Regelung	285
3. Nationales Kollisionsrecht, frühere Rechtslage	286
a) Erbfälle bis zum 16. 8. 2015	286
b) Differenzierung für Erbfälle bis zum 16. 8. 2015 und ab dem 17. 8. 2015	287
II. Regelungen der Europäischen Erbrechtsverordnung zum anwendbaren Recht	288
1. Allgemeines	288
2. Auslegung	288
3. Anwendungsbereich	288
a) Zeitlicher Anwendungsbereich	288
b) Als anwendbar in Betracht kommendes Recht	289
c) Sachlicher Anwendungsbereich	290
4. Anknüpfung	291
a) Regelanknüpfung: gewöhnlicher Aufenthalt, Art. 21 Abs. 1 EuErbVO	291
b) Offensichtlich engere Verbindung zu einem anderen Staat, Art. 21 Abs. 2 EuErbVO	292
5. Gültigkeit einer Verfügung von Todes wegen	292
a) Errichtungsstatut	292
b) Zulässigkeit und materielle Wirksamkeit	292
c) Form	293
d) Besonderheiten bei Erbverträgen	294
6. Rechtswahl	295
a) Wahl des Erbstatuts, Art. 22 EuErbVO	295
b) Form der Rechtswahl	296
c) Rechtswahlerklärung	296
d) Änderung und Widerruf der Rechtswahl	297

7. Arten der Rechtswahl	297
a) Wahl des Errichtungsstatuts	297
b) Wahl des Erbstatuts	297
c) Kombinierte Wahl des Errichtungs- und des Erbstatuts	297
d) Besonderheiten beim Erbvertrag (und gemeinschaftlichen Testament mit Bindungswirkung)	298
8. Bindungswirkung der Rechtswahl	299
9. Zweckmäßigkeit der Rechtswahl	300
10. Verichtsvereinbarungen	301
11. Übergangsregelungen	301
III. Sonstige Regelungen	302
1. Überblick	302
2. Europäisches Nachlasszeugnis	302
3. Internationale Zuständigkeit in Erbsachen	303
4. Ausschlagung	304
IV. Nachlasspaltung, Rück- und Weiterverweisung	304
V. Statutenwechsel	305
VI. Die internationale Zuständigkeit der Notare	305
VII. Vorgehensweise bei Verfügungen von Todes wegen mit Auslandsberührung	306
VIII. Eingrenzung der Verantwortung in Fällen mit Auslandsberührung	308
IX. Überblick über die erbrechtlichen Anknüpfungspunkte ausländischer Drittstaaten-Rechtsordnungen	310
X. Das Erbrecht der ehemaligen DDR und seine Überleitung	311
§ 6 Grundzüge des Erbschaftsteuerrechts und steuerlich zweckmäßiger Gestaltungsmöglichkeiten	312
I. Grundzüge der Erbschaft- und Schenkungsteuer	314
1. Grundlagen	314
a) Überblick	314
b) Rechtsgrundlagen	314
c) Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz (ErbStG)	315
d) Rechtsnatur	318
e) Verhältnis zu anderen Steuern	319
f) Maßgeblichkeit des Zivilrechts; steuerliche Anerkennung unwirksamer Testamente	319
g) Steuerpflichtiger Erwerb	320
2. Persönliche Steuerpflicht (§ 2 ErbStG)	321
a) Unbeschränkte Steuerpflicht	321
b) Beschränkte Steuerpflicht	321
c) Doppelbesteuerung	322
d) Gesamthandsgemeinschaften als Zuwendungsbeteiligte	323
3. Sachliche Steuerpflicht (§§ 1, 3, 7, 8 ErbStG)	323
a) Erwerb von Todes wegen (§ 3 ErbStG)	323
b) Schenkungen unter Lebenden (§ 7 ErbStG)	326
c) Zweckzuwendungen (§ 8 ErbStG)	327
d) Familienstiftung und familienbezogene Vereine (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 ErbStG)	328
4. Wertermittlung und Begünstigung	328
a) Grundlagen, verfassungsrechtliche Anforderungen	328
b) Allgemeines zur Bewertung von Grundvermögen	329
c) Unbebaute Grundstücke	330
d) Bebaute Grundstücke	331

e) Erbbaurechte	340
f) Betriebsvermögen, Gesellschaftsanteile	342
g) Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	349
h) Bewertung von sonstigem Vermögen	351
i) Bewertungsstichtag	351
5. Abzug von Nachlassverbindlichkeiten (§ 10 Abs. 5 ff. ErbStG)	352
6. Steuerbefreiungen	353
a) Sachliche Steuerbefreiungen	353
b) Allgemeiner persönlicher Freibetrag (§ 16 ErbStG)	355
c) Versorgungsfreibetrag (§ 17 ErbStG)	355
7. Zugewinnsgemeinschaft (§ 5 ErbStG)	356
a) Güterstand	356
b) Erbrechtliche Lösung (§ 5 Abs. 1 ErbStG)	356
c) Güterrechtlicher Zugewinnausgleich im Todesfall (§ 5 Abs. 2 Alt. 2 ErbStG)	358
d) Güterrechtlicher Zugewinnausgleich zu Lebzeiten (§ 5 Abs. 2 Alt. 1 ErbStG); Scheidung, Gütertrennung, Güterstandsschaukel	358
8. Vor- und Nacherbschaft (§ 6 ErbStG), betagte Vermächtnisse	359
a) Zivilrechtlicher Überblick	359
b) Die Besteuerung des Vorerben (§ 6 Abs. 1 ErbStG)	360
c) Die Besteuerung des Nacherben bis zum Eintritt des Nacherbfalles	360
d) Nacherbfolge beim Tod des Vorerben (§ 6 Abs. 2 ErbStG)	360
e) Nacherbfolge zu Lebzeiten des Vorerben (§ 6 Abs. 3 ErbStG)	361
f) Nachvermächtnisse und beim Tode des Beschwerten fällige Vermächtnisse (§ 6 Abs. 4 ErbStG)	362
9. Berechnung der Steuer	363
a) Steuerklassen (§ 15 ErbStG)	363
b) Steuersätze (§ 19 ErbStG)	365
c) Berücksichtigung früherer Erwerbe (§ 14 ErbStG)	366
d) Mehrfacher Erwerb desselben Vermögens (§ 27 ErbStG)	367
10. Entstehung, Festsetzung und Erhebung der Steuer	367
a) Entstehung und Fälligkeit der Steuer (§ 9 ErbStG)	367
b) Steuererklärung, Anzeigepflichten, Zuständigkeit (§§ 30 ff. ErbStG)	368
c) Besteuerung von Renten und Nutzungen (§ 23 ErbStG)	370
II. Steuerlich zweckmäßige Gestaltungsmöglichkeiten	370
1. Grundlagen	370
2. Gestaltungsmöglichkeiten zu Lebzeiten des Erblassers	371
a) Ausnutzung von Freibeträgen und Staffeltarif	371
b) Rechtzeitige Übergabe	372
c) Vermeidung einer ungünstigen Steuerklasse	372
d) Doppelte Besteuerung vermeiden	373
e) Insbesondere: Nacherbfolge vermeiden	373
f) Insbesondere: Überspringen einer Generation	373
g) Insbesondere: Einzelfallprüfung beim Berliner Testament	374
h) Insbesondere: Zweckvermächtnis nach dem erstversterbenden Ehegatten beim Berliner Testament („Supervermächtnis“)	376
i) Vereinbarungen zum Güterstand	377
j) Wechsel des Familienstandes	379
k) Wechsel des anwendbaren Rechts	380
l) Getrennte Zuwendung von Vermögen und Vermögensnutzung ..	380
m) Abzug von Schulden	381

n) Privilegierte Vermögensarten nutzen!	381
o) Lebensversicherung	381
p) Abweichende Anordnung der Steuertragung (§ 10 Abs. 2 ErbStG)	382
3. Gestaltungsmöglichkeiten nach dem Erbfall	382
a) Einverständliche Geltendmachung des Pflichtteils, Verzicht auf den (noch nicht) geltend gemachten Pflichtteil	383
b) Ausschlagung der Erbschaft aus erbschaftsteuerlichen Gründen ...	384
c) Erbauseinandersetzung zur Erlangung von Begünstigungen	385
§ 7 Die Feststellung der Testierfähigkeit des Erblassers sowie die Aufgaben und Pflichten der Beratungsperson bei Verfügungen von Todes wegen	386
I. Die Feststellung der Testierfähigkeit des Erblassers	386
1. Der Begriff der Testierfähigkeit	386
2. Die Voraussetzungen der Testierunfähigkeit	389
a) Geistesstörung und Geistesschwäche	389
b) Bewusstseinsstörung	390
c) Einsichtsfähigkeit	391
d) Freie Willensbildung	391
e) Geistesstörung	392
f) Partielle und abgestufte Testierfähigkeit	392
3. Die eingeschränkte Testierfähigkeit und die faktische Testierunfähigkeit	393
a) Eingeschränkte Testierfähigkeit	393
b) Faktische Testierunfähigkeit	393
4. Fähigkeit zum Abschluss eines Erbvertrages	394
5. Maßgeblicher Zeitpunkt	394
6. Beweis- und Feststellungslast	395
7. Prüfung, Feststellung und Protokollierung der Testier- und Geschäftsfähigkeit durch den Notar	397
8. Übersicht über die Testier- und Erbvertragsfähigkeit	398
II. Die Aufgaben und Pflichten der Beratungspersonen bei Verfügungen von Todes wegen	399
1. Allgemeines	399
2. Allgemeine Pflichten der Notare bei der Beurkundung	404
a) Pflicht zur Willensermittlung (§ 17 Abs. 1 S. 1 BeurkG)	405
b) Pflicht zur Sachaufklärung (§ 17 Abs. 1 S. 1 BeurkG)	405
c) Belehrungspflicht aus Urkundstätigkeit über die „rechtliche Tragweite“ (§ 17 Abs. 1 S. 1 BeurkG), sog. Rechtsbelehrung	406
d) Hinweis- und Warnpflicht auf Grund geschuldeter Betreuung (betreuende Belehrungspflicht)	407
e) Grundsatz des „sicheren Weges“	409
f) Formulierungspflicht	410
g) Selbständige betreuende Amtstätigkeit	410
3. Pflichten und Risiken des Rechtsgestalters im erbrechtlichen Bereich	411
2. Teil. Die erbrechtlichen Gestaltungsmittel	
§ 8 Zuwendungen des Nachlasses im Ganzen oder zu Bruchteilen	417
I. Erbeinsetzung	418
1. Die Universalsukzession	418
2. Erbeinsetzung	421
a) Überblick	421

b) Zuwendung des Vermögens im Ganzen oder zu Bruchteilen	421
c) Zuwendung einzelner Gegenstände	422
3. Gemeinschaftlicher Erbteil	424
4. Die nur bestimmbare Erbinsetzung	425
a) Vermeidung von Mehrdeutigkeit	425
b) Der Begriff des Abkömmlings	426
5. Ungenaue Erbinsetzung	428
6. Erbinsetzung Nachgeborener	428
a) Zeitpunkt: Erbfall	429
b) Zeitpunkt: Tod des Dritten	429
c) Alle Nachkommen bis zum Fristablauf	430
d) Vermächtnislösung	430
7. Drittbestimmungsmöglichkeiten	431
a) Das Drittbestimmungsverbot	431
b) Erbinsetzung unter einer Potestativbedingung	432
c) Zulässige Ausnahmen vom Grundsatz der Selbstentscheidung	433
8. Anwendungsbereich der Erbinsetzung	435
II. Ersatzerbinsetzung und Anwachsung	436
1. Ersatzerbinfolge	436
a) Der Wegfall des Erstbedachten	436
b) Die Rechtsstellung des Ersatzerben	437
c) Die ausdrückliche Ersatzerbinsetzung	437
d) Die mutmaßliche Ersatzerbinsetzung	438
e) Der Ersatznacherbe	444
f) Die mittelbaren Auswirkungen der Ersatzerbinsetzung	444
g) Der Ersatzvermächtnisnehmer	449
2. Die Anwachsung	450
III. Checkliste zur Erbinsetzung	451
IV. Enterbung, Pflichtteilszuwendung und Pflichtteilsentziehung	451
1. Enterbung	451
2. Pflichtteilszuweisung	452
3. Pflichtteilsentziehung	453
a) Überblick	453
b) Pflichtteilsentziehungsgründe	454
c) Form und Begründung der Entziehung	455
d) Verzeihung	456
e) Erb- und Pflichtteilsunwürdigkeit	457
V. Pflichtteilsbeschränkung in guter Absicht	457
1. Zweck der Pflichtteilsbeschränkung in guter Absicht	457
2. Voraussetzungen der Pflichtteilsbeschränkung	458
a) Nur gegenüber Abkömmlingen	458
b) Nur bei Überschuldung oder Verschwendung	458
c) Fehlen oder Wegfall der Voraussetzungen	459
3. Die Beschränkungsmöglichkeiten des Pflichtteils	459
a) Vor- und Nacherbschaft oder Vor- und Nachvermächtnis	459
b) Testamentsvollstreckung	460
c) Kombinationslösung	461
4. Die Wirkung der zulässigen Beschränkungen des Pflichtteils gegenüber dem Abkömmling	461
5. Anwendungsbereich der Pflichtteilsbeschränkung in guter Absicht ..	462
6. Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich anderer Vollstreckungsgefährdeter	463
a) Zuwendung „pfändungssicherer“ Rechte	463

b) Vor- und Nacherbfolge und Testamentsvollstreckung	464
§ 9 Zuwendung einzelner Nachlassgegenstände	467
I. Vermächtnis (§§ 1939, 2147 ff.)	468
1. Begriff des Vermächtnisses	468
2. Gegenstand des Vermächtnisses	470
a) Nachlassgegenstand	470
b) Fehlende Zugehörigkeit zum Nachlass	471
3. Anfall, Fälligkeit	472
4. Annahme und Ausschlagung des Vermächtnisses	473
5. Beschwerter, Bedachter	474
6. Ersatzvermächtnisnehmer und Anwachsung	475
a) Ausdrückliche Ersatzberufung	475
b) Stillschweigende Ersatzberufung	475
7. Sicherstellung der Vermächtniserfüllung	475
a) Bevollmächtigung des Bedachten	476
b) Vermächtnisnehmer als Testamentsvollstrecker	476
c) Sicherung durch Vormerkung	477
d) Schadensersatzverpflichtung	477
e) Parallele Verfügungsunterlassungsverpflichtung	477
8. Haftung des Beschweren	478
9. Haftung des Bedachten	478
10. Vermächtnisarten	480
a) Vorausvermächtnis	480
b) Das Vorausvermächtnis an den Vorerben	480
c) Universalvermächtnis	482
d) Quotenvermächtnis	483
e) Pflichtteilsvermächtnis	483
f) Stückvermächtnis	483
g) Bestimmungsvermächtnis (§ 2151)	483
h) Verteilungsvermächtnis (§ 2153)	484
i) Wahlvermächtnis (§ 2154)	484
k) Gattungsvermächtnis (§ 2155)	484
l) Zweckvermächtnis (§ 2156)	485
m) Verschaffungsvermächtnis (§§ 2169 Abs. 1 Hs. 2, 2170)	485
n) Forderungsvermächtnis	487
o) Untervermächtnis	487
p) Hauptvermächtnis	487
q) Ersatzvermächtnis	487
r) Nachvermächtnis	487
s) Aufschiebend bedingtes oder befristetes (betagtes) Vermächtnis, Herausgabevermächtnis	487
t) Schuldbefreiungsvermächtnis, Erlassvermächtnis	488
u) Gemeinschaftliches Vermächtnis (Mitvermächtnis)	488
v) Rentenvermächtnis, vermächtnisweise dauernde Last	488
w) Nießbrauchsvermächtnis	491
x) Wohnungsrechtsvermächtnis	491
11. Anwendungsbereich	492
12. Erbschaftsteuer	493
13. Checkliste bei Vermächtnissen	493
a) Vermächtnisgegenstand?	493
b) Wer ist beschwert?	494
c) Wer ist bedacht?	494

d) Anfall	494
e) Fälligkeit	494
f) Kosten, Erbschaftsteuer	495
g) Pflichtteilslast	495
h) Testamentsvollstrecker	495
i) Auskunft, Rechnungslegung, Sicherung	495
j) Rechtscharakter	495
II. Erbrechtliche Auflage (§§ 1940, 2192 ff.)	495
1. Begriff, Rechtsnatur und Anwendungsbereich	495
a) Allgemein	495
b) Normzweck, Anwendungsbereich	497
2. Inhalt der erbrechtlichen Auflage	498
3. Auflagebeschwerter und -begünstigter	500
4. Vollziehungsberechtigte	501
5. Unwirksamkeit der Auflage	502
6. Unmöglichkeit der Vollziehung der Auflage	502
7. Erbschaftsteuer	503
8. Checkliste für Auflagen	503
III. Zuwendung durch Erfüllung einer Bedingung	504
1. Bedingte Zuwendung von Todes wegen im Allgemeinen	504
2. Bedingung zum Vorteil eines Dritten (§ 2076)	504
IV. Zuwendungen durch lebzeitiges Rechtsgeschäft auf den Tod	505
V. Wertsicherung gegenständlicher Zuwendungen	506
1. Überblick, Preisklauselverbot, Zulässigkeit von Wertsicherungsklauseln	506
2. Wertsicherung für die Zeit zwischen Testamentserrichtung und Erbfall	507
3. Wertsicherung für die Zeit nach Eintritt des Erbfalles	507
§ 10 Gestaltungen zur Erhaltung des Nachlasses für Endbedachte	508
I. Übersicht	510
II. Vor- und Nacherbschaft	511
1. Begriff und Bedeutung	511
2. Die Rechtsstellung des Vorerben	513
3. Die Verteilung der Nutzungen und Lasten zwischen Vor- und Nacherben	514
4. Die Wirkungen des Nacherbfalls	516
5. Schutz des Nacherben durch Beschränkung des Vorerben bei der nicht befreiten Vorerbschaft	516
a) Schutz durch Verfügungsbeschränkungen	516
b) Schutz durch Mitwirkungs- und -verwaltungsrechte	521
c) Schutz durch Kontroll- und Sicherungsrechte	521
d) Schutz durch Surrogation	523
e) Mittelbare Verstärkung der Schutzvorschriften	524
f) Wirkung der Schutzvorschriften für bedingte Nacherben und Ersatznacherben	524
6. Befreite Vorerbschaft	525
a) Unmittelbare Befreiungsmöglichkeiten und ihre Grenzen	525
b) Die Schranken der Befreiungsmöglichkeit des Vorerben durch den Erblasser	525
c) Der Begriff der Unentgeltlichkeit	526
d) Die Anordnung der Befreiung	527
e) Mittelbare Befreiungsmöglichkeiten über § 2136 hinaus	528

f) Die Pflicht des befreiten Vorerben zur ordnungsmäßigen Verwaltung des Nachlasses als weitere Schranke der Befreiungsmöglichkeit des Vorerben	530
g) Die Sicherung der Rechte des Nacherben während der befreiten Vorerbschaft	531
h) Die Rechte des Nacherben nach Eintritt des Nacherbfalles bei der befreiten Vorerbschaft	531
7. Anordnung weiterer Nacherbfolgen	532
a) Mehrere Nacherbfolgen	532
b) Die Rechtsstellung der weiteren Nacherben	534
8. Ersatznacherben	534
9. Die „unbekannten“ Nacherben	537
10. Bedingte Nacherbeinsetzung	538
11. Nacherbeinsetzung unter der auflösenden Bedingung anderweitiger Verfügungen des Vorerben	540
12. Einsetzung der eigenen Erben des Vorerben als Nacherben	542
13. Nacherbfolge bezüglich eines Bruchteils	543
14. Erbauseinandersetzung der Vormiterbengemeinschaft	543
15. Vererb- und Veräußerlichkeit der Nacherbenanwartschaft	544
a) Vererbung der Nacherbanwartschaft	544
b) Veräußerung der Nacherbanwartschaft	546
16. Ausschlagung bei der Vor- und Nacherbschaft	547
a) Ausschlagung des Vorerben	547
b) Ausschlagung des Nacherben	547
17. Übersicht über die Folgen des Wegfalls eines Nacherben	548
18. Übertragung des Anwartschaftsrechts des Nacherben auf den Vorerben	549
19. Übertragung von einzelnen Nachlassgegenständen auf Vor- oder Nacherbe	551
a) Veräußerung von Gegenständen aus der Vorerbschaft an Dritte ..	551
b) Veräußerung von Gegenständen der Vorerbschaft an den Nacherben	551
c) Entnahmen aus der Vorerbschaft zugunsten des Vorerben	551
20. Vollstreckungsschutz zugunsten der Nacherben	552
21. Testamentvollstreckung bei Vor- und Nacherbschaft	553
a) Testamentvollstreckung mit Normalbefugnissen	553
b) Allgemeine Testamentvollstreckung für die Vorerbschaft	553
c) Allgemeine Testamentvollstreckung für die Nacherbschaft	554
d) Allgemeine Testamentvollstreckung für Vor- und Nacherbschaft ..	554
e) Nacherbentestamentvollstreckung gem. § 2222	554
f) Vorerbe als Testamentvollstrecker	555
22. Erbenhaftung bei der Vor- und Nacherbfolge	556
23. Abgrenzung der Nacherbfolge zum Nießbrauchsvermächtnis	556
24. Nacherbfolge im Grundbuch	556
25. Nacherbschaft und Pflichtteilsrecht	559
a) Pflichtteilsberechtigter als Vorerbe	559
b) Pflichtteilsberechtigter als Nacherbe	560
26. Die Vorerbschaft im Unternehmensbereich	560
a) Die Vorerbschaft beim einzelkaufmännischen Unternehmen	560
b) Die Vorerbschaft bei Beteiligung an einer Personengesellschaft ...	562
c) Die Vorerbschaft bei Anteilen an Kapitalgesellschaften	563
27. Anwendungsbereich der Vor- und Nacherbfolge	564
28. Checkliste bei Vor- und Nacherbfolge	566

29. Steuern	566
a) Erbschaftsteuer	566
b) Einkommensteuer	568
III. Aufschiebend bedingtes oder befristetes (Herausgabe-)Vermächtnis	568
1. Aufschiebend bedingtes oder befristetes Vermächtnis	568
2. Vermächtnisanwartschaft	569
3. Gesetzlicher Inhalt der Anwartschaft bei bedingten oder befristeten Vermächtnissen	569
4. Sicherung der Vermächtnisanwartschaft	571
5. Pflichtteilsfestigkeit des Herausgabeanspruchs	571
6. Abweichende Bestimmung des Inhalts der Vermächtnisanwartschaft durch den Erblasser	572
7. Anwendungsbereich	573
8. Erbschaftsteuer	574
9. Checkliste bei aufschiebend bedingten oder befristeten Vermächtnissen	575
IV. Vor- und Nachvermächtnis	575
1. Rechtsnatur	575
2. Die Anwartschaft des Nachvermächtnisnehmers in der Schwebezeit	576
3. Sicherungsmöglichkeiten der Nachvermächtnisanwartschaft	577
4. Rückvermächtnis	577
V. Nießbrauchsvermächtnis	578
1. Der Nießbrauch	578
2. Bruchteils- und Quotennießbrauch	581
a) Bruchteilsnießbrauch	581
b) Nießbrauch für mehrere Berechtigte	582
c) Quotennießbrauch	582
d) Nutzungsausschluss	582
3. Nießbrauch am Nachlass und an Erbteilen	582
a) Nießbrauch am gesamten Nachlass	582
b) Nießbrauch am Erbeil	583
4. Nießbrauchsvermächtnis mit Testamentsvollstreckung	584
5. Steuern beim Nießbrauchsvermächtnis im privaten Vermögensbereich	585
a) Erbschaftsteuer	585
b) Einkommensteuer	586
6. Checkliste für Nießbrauchsvermächtnisse (ergänzend → § 9 Rn. 88 ff.)	586
7. Nießbrauch an einem einzelkaufmännischen Unternehmen	586
8. Nießbrauch an Geschäftsanteilen von Personengesellschaften	588
a) Nießbrauch mit voller Gesellschafterstellung durch zeitlich begrenzte Abtretung (Vollnießbrauch)	589
b) Echter Nießbrauch ohne Vollübertragung des Gesellschaftsanteils (= Aufspaltung der Gesellschafterstellung zwischen Nießbraucher und Gesellschafter)	590
c) Nießbrauch an den vermögensrechtlichen Bezügen (= Nießbrauch an den einzelnen Gewinnansprüchen oder Ertragsnießbrauch)	590
d) Nießbrauch am Gewinnstammrecht	591
9. Nießbrauch an GmbH-Anteilen	592

§ 11 Erbrechtlich bindende Verfügungen von Todes wegen und die Möglichkeit ihrer Beseitigung	594
I. Die Bindung bei Erbverträgen und gemeinschaftlichen Ehegattentestamenten	595
1. Die Bindungs- und Aufhebungswirkung beim Erbvertrag	595
a) Die Aufhebungswirkung	595
b) Die Bindungswirkung und ihre Feststellung	596
c) Einseitige Verfügungen im Erbvertrag	599
d) Arten des Erbvertrages	600
e) Die Wechselbezüglichkeit beim gemeinschaftlichen Erbvertrag (§ 2298)	601
2. Die Bindungs- und Aufhebungswirkung beim gemeinschaftlichen Ehegattentestament	604
a) Der Begriff der wechselbezüglichen Verfügung	604
b) Wechselbezüglichkeit	606
c) Die Feststellung der Wechselbezüglichkeit	612
d) Die einseitige Wechselbezüglichkeit	614
e) Die entsprechende Anwendung von Erbvertragsrecht auf das gemeinschaftliche Testament	615
3. Der Versuch der Ausdehnung der Bindungswirkung bei Erbverträgen und gemeinschaftlichen Testamenten gegenüber lebzeitigen Schenkungen	616
II. Gesetzliche Möglichkeiten, die Bindungswirkungen zu beseitigen	617
1. Gesetzliche Rücktrittsrechte beim Erbvertrag	617
a) Rücktrittsgründe	617
b) Beschränkung pflichtteilsberechtigter Abkömmlinge in guter Absicht	619
2. Widerruf wechselbezüglicher Verfügungen in gemeinschaftlichen Testamenten	619
a) Zu Lebzeiten beider Ehegatten	619
b) Nach dem Tod des Erstversterbenden	619
3. Die Aufhebung von Erbverträgen durch die Vertragsparteien	620
a) Aufhebung durch Vertrag	620
b) Aufhebung durch Testament	621
c) Aufhebung durch gemeinschaftliches Testament	622
4. Wegfall der Bindung durch Unwirksamkeit oder Gegenstandslosigkeit der bindenden Verfügung	622
a) Vor dem Erbfall eintretend:	622
b) Nach dem Erbfall eintretend:	622
5. Gewinnung der Testierfreiheit durch Ausschlagung des Zugewendeten beim gemeinschaftlichen Testament und zweiseitigen Erbvertrag	624
a) Ausschlagung beim gemeinschaftlichen Testament	624
b) Ausschlagung beim zweiseitigen Erbvertrag	625
c) Testierfreiheit durch Ausschlagung?	625
6. Testierfreiheit durch Auslegung der bindenden Verfügung	626
7. Die Unwirksamkeit bei Auflösung der Ehe	626
III. Beseitigungsmöglichkeiten der Bindungswirkung kraft Vorbehalts oder Vereinbarung	627
1. Rücktrittsvorbehalt beim Erbvertrag nach § 2293	627
a) Wesen und Inhalt des Rücktrittsvorbehalts	627
b) Die Form des Rücktritts	627

c) Auswirkungen des Todes des Vertragspartners auf den Rücktrittsvorbehalt	628
d) Auswirkungen der Ausübung des Rücktrittsvorbehalts	629
2. Der Abänderungsvorbehalt beim Erbvertrag	629
a) Die Zulässigkeit eines Abänderungsvorbehalts	629
b) Das Verbot des Totalabänderungsvorbehalts	630
3. Wegfall der Bindung durch auflösende Bedingung	632
4. Freistellungsklauseln beim gemeinschaftlichen Ehegattentestament ...	632
5. Keine Beseitigung der Bindung durch formlose Zustimmung des Bedachten	637
6. Bindungsbeseitigung durch formgebundene Vereinbarung (Zuwendungsverzicht)	637
IV. Beseitigung der Bindungswirkung durch Auslegung und Selbstanfechtung	638
1. Die Beseitigung der Bindungswirkung durch Auslegung	638
2. Die Beseitigung der Bindungswirkung durch Selbstanfechtung	639
V. Checkliste zur erbrechtlichen Bindung	640
§ 12 Die Durchbrechung der erbrechtlichen Bindungswirkung durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden	641
I. Die Bindungswirkung bei Erbverträgen und gemeinschaftlichen Testamenten	641
II. Durchbrechung der Bindung durch schenkweise Zweitgeschäfte unter Lebenden bei „lebzeitigem Eigeninteresse“ des Erblassers	642
1. Begriff der Schenkung	643
2. Missbrauchskorrektur statt Benachteiligungsabsicht	643
a) Missbrauchsausschluss bei beachtlichen „lebzeitigen Eigeninteressen“ des Erblassers	643
b) Zum Missbrauchsausschluss ungeeignete „lebzeitige Eigeninteressen“ des Erblassers	647
c) Der für das „lebzeitige Eigeninteresse“ maßgebliche Zeitpunkt ..	648
d) Der Grad der Beeinträchtigung des Vertragserben	648
e) Die objektive Beeinträchtigung des bindend Bedachten	648
f) Insbesondere Durchbrechung der Bindung durch unentgeltliche Rechtsgeschäfte unter Lebenden auf den Tod	651
g) Der Auskunftsanspruch des bindend Bedachten	651
h) Darlegungs- und Beweislastregelung für beeinträchtigende Schenkungen	652
i) Verjährung	653
3. Durchbrechung der Bindung durch <i>entgeltliche</i> Zweitgeschäfte unter Lebenden	653
4. Beeinträchtigung der Bindungswirkung durch tatsächliche Handlungen und familienrechtliche Akte	654
5. Keine Durchbrechung der Bindungswirkung durch spätere Verfügungen von Todes wegen	654
§ 13 Die Sicherung erbrechtlicher Erwerbsaussichten	656
I. Die gesetzlichen Ansprüche der bindend Bedachten nach §§ 2287, 2288	657
1. Beeinträchtigte Vertragserben und Schlusserben als Anspruchsberechtigte	657

2. Beeinträchtigte Vertrags- und Schlussvermächtnisnehmer als Anspruchsberechtigte	659
a) der schenkweisen Veräußerung oder Belastung des Vermächtnisgegenstandes durch den Erblasser in Beeinträchtigungsabsicht	659
b) der entgeltlichen Veräußerung oder Belastung des Vermächtnisgegenstandes durch den Erblasser in Beeinträchtigungsabsicht	660
c) der tatsächlichen Beeinträchtigung des Vermächtnisgegenstandes durch Zerstörung, Beiseiteschaffung oder Beschädigung durch den Erblasser in Beeinträchtigungsabsicht	660
II. Schutz der bindend Bedachten durch allgemeine Vorschriften	660
1. Sittenwidrige vorsätzliche Schädigung (§ 826)	660
2. Nichtigkeit des Zweitgeschäftes wegen Verstoßes gegen die guten Sitten (§ 138)	661
3. Die einstweilige Sicherung von Zuwendungen an Bedachte	661
4. Feststellungsklage (§ 256 ZPO) zur Klärung der Bindungswirkung ..	662
a) Die Klärung erbrechtlicher Positionen gegenüber dem Erblasser ..	662
b) Klärung des künftigen Anspruchs aus § 2287 BGB gegenüber dem Beschenkten	662
c) Feststellungsklage des künftigen Erblassers	662
III. Schutz des von Todes wegen bindend Bedachten durch rein erbrechtliche Gestaltungen	663
1. Einsetzung des Überlebenden zum nicht befreiten Vorerben und des Endbedachten zum Nacherben	663
2. Bedingte Vermächtniseinsetzung zugunsten des Endbedachten	663
3. Sicherung der Rechtsstellung des Schlusserben oder -vermächtnisnehmers beim gemeinschaftlichen Testament nach dem ersten Erbfall	664
a) Verfügungsunterlassungsvermächtnis zugunsten des Schlusserben ..	664
b) Bedingte Vermächtniseinsetzung zugunsten des Schlusserben	665
c) Bedingte Nacherbeinsetzung des Schlusserben	666
d) Testamentsvollstreckung	666
4. Restrisiko des bindend Bedachten bei rein erbrechtlicher Gestaltung ..	666
IV. Schutz durch Kombination von Verfügung von Todes wegen mit Rechtsgeschäft unter Lebenden	666
1. Verfügungsunterlassungsvereinbarung	667
2. Sicherung der Unterlassungsverpflichtung durch einstweilige Verfügung	668
3. Sicherung der Unterlassungsverpflichtung durch aufschiebend bedingte Übereignungsansprüche	668
4. Vormerkbarkeit des aufschiebend bedingten Übereignungsanspruchs bei Grundstücken	669
5. Restrisiko des durch sanktioniertes schuldrechtliches Verfügungsverbot gesicherten bindend Bedachten	670
6. Formulierungsvorschlag eines Erbvertrages mit Unterhalts- und Verfügungsunterlassungsvertrag	671
V. Rechtsgeschäft unter Lebenden anstatt Verfügung von Todes wegen	672
1. Zuwendungen unter Lebenden unter Nutzungs- und/oder Rückübertragungsvorbehalt	672
2. Die Zuwendung mit auf den Tod des Zuwendenden verzögerter (betagter) Erfüllung	673
a) Ohne zusätzliche Überlebensbedingung	673

b) Mit zusätzlicher Überlebensbedingung	674
3. Zuwendung durch ein befristetes Vertragsangebot	674
4. Vor- und Nachteile der Gestaltungsmöglichkeiten durch reines Rechtsgeschäft unter Lebenden	675
§ 14 Gestaltungsmöglichkeiten von Ehegattenverfügungen von Todes wegen	676
I. Regelungsziele bei Ehegattenverfügungen von Todes wegen	677
II. Formelle Gestaltungsmöglichkeiten	678
1. Gemeinschaftliches Ehegattentestament	678
a) Allgemein	678
b) Form des gemeinschaftlichen Testaments	679
c) Die Besonderheiten des gemeinschaftlichen Testaments	681
2. Ehegattenerbvertrag	682
3. Trennbare Gestaltung von Ehegattenverfügungen	684
4. Die Wahl zwischen Einzeltestament, gemeinschaftlichem Testament, Ehegattenerbvertrag und Verfügung unter Lebenden auf den Tod	685
a) Einseitiges Testament	685
b) Gemeinschaftliches Testament	686
c) Ehegattenerbvertrag (§ 2280)	688
d) Verfügungen unter Lebenden auf den Tod	690
III. Materiell-rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten	690
1. Alleinige gegenseitige Vollerbeinsetzung	690
2. Einheitslösung (Vollerbschaft des Überlebenden nebst Schlusserbfolge) = Berliner Testament (§ 2269)	691
a) Regelungen auf den ersten und zweiten Erbfall	691
b) Der unregelmäßige zweite Erbfall bei der Einheitslösung	694
c) Die Rechtsstellung der Ehegatten bei der Einheitslösung	695
d) Die Rechtsstellung des Schlusserben bei der Einheitslösung	697
e) Pflichtteilsansprüche bei der Einheitslösung (Pflichtteilsstrafklauseln)	698
f) Erbschaftsteuer bei der Einheitslösung	704
3. Trennungslösung	704
a) Vorerbschaft des Überlebenden	705
b) Der unregelmäßige zweite Erbfall bei der Trennungslösung	706
c) Nießbrauchsvermächtnis des Überlebenden	706
d) Herausgabevermächtnis der Endbedachten	707
e) Vor- und Nachteile der einzelnen Trennungslösungen	708
f) Pflichtteilsansprüche bei der Trennungslösung	709
4. Verbindung von Einheits- und Trennungslösung	709
5. Hausratsvermächtnis	709
6. Vorsorge für gleichzeitiges Versterben	710
7. Vorsorge für den Scheidungsfall	711
8. Vorsorge für die Wiederheirat des Überlebenden (Wiederverheiratsklausel)	713
a) Bei der Trennungslösung	714
b) Bei der Einheitslösung	715
c) Bei der Herausgabevermächtnislösung	716
d) Vermächtnisbefugnis zugunsten des neuen Ehegatten	717
e) Rechtslage nach Wiederverheiratung	717
f) Pflichtteil und Wiederverheiratsklausel	718
g) Übergabeverpflichtung durch Rechtsgeschäft unter Lebenden	718

9. Befugnis des überlebenden Ehegatten zur wertverschiebenden Verteilung der Nachlassgegenstände des Erstversterbenden unter Lebenden und von Todes wegen	719
a) Regelungsmöglichkeiten bei der Einheitslösung	719
b) Regelungsmöglichkeiten bei der Nießbrauchslösung	719
c) Regelungsmöglichkeiten bei der Vorerblösung	721
d) Regelungsmöglichkeit bei der Herausgabevermächtislösung	721
10. Die Grenzen der Regelungsmöglichkeiten durch gemeinschaftliche Ehegattenverfügungen	721
a) Erbrechtliche Sicherungen	721
b) Zusätzliche rechtsgeschäftliche Sicherungsmöglichkeiten	722
IV. Checkliste für Ehegattenverfügungen von Todes wegen	724
V. Fortgesetzte Gütergemeinschaft	725
1. Grundzüge der Gütergemeinschaft	725
2. Fortsetzung der Gütergemeinschaft beim Tod eines Ehegatten	727
a) Gesetzliche Ausgestaltung und Gestaltungsmöglichkeiten	727
b) Nichteintritt der fortgesetzten Gütergemeinschaft	728
c) Wirkungen der fortgesetzten Gütergemeinschaft	729
d) Beendigung und Auseinandersetzung der fortgesetzten Gütergemeinschaft	730
e) Atypische Fortsetzung der Gütergemeinschaft	730
f) Wertung der fortgesetzten Gütergemeinschaft	731
VI. Regelungsziele und Gestaltungsmöglichkeiten bei nichtehelicher Lebensgemeinschaft	731
1. Regelungsziele	731
2. Gestaltungsmöglichkeiten	732
a) Überblick	732
b) Alleinerbeinsetzung mit Rücktrittsrecht	732
c) Alleinerbeinsetzung mit eingeschränktem Rücktrittsrecht	733
d) Bedingte Erbeinsetzung	733
e) Erbeinsetzung ohne Rücktrittsvorbehalt	733
f) Gegenseitige Erbeinsetzung mit unechter Wechselbezüglichkeit	733
g) Erbeinsetzung in Einzeltestamenten	734
§ 15 Einflussnahme des Erblassers über seinen Tod hinaus	735
I. Überblick	737
II. Testamentsvollstreckung	738
1. Zweck der Testamentsvollstreckung	738
2. Arten der Testamentsvollstreckung	739
a) Abwicklungsvollstreckung (§§ 2203, 2204)	739
b) Dauertestamentsvollstreckung (§ 2209 S. 1 Hs. 2)	741
c) Schlichte Verwaltungsvollstreckung (§ 2209 S. 1 Hs. 1)	741
d) Nacherbentestamentsvollstreckung (§ 2222)	742
e) Vermächtnisvollstreckung	742
f) Testamentsvollstreckung mit beschränktem Aufgabenkreis (§ 2208)	743
3. Beginn der Testamentsvollstreckung, Ernennung des Testamentsvollstreckers	743
a) Beginn der Testamentsvollstreckung	743
b) Bestimmung des Testamentsvollstreckers	743
c) Nachfolgerernennung (§ 2199 Abs. 2)	744
d) Nachlassgericht auf Grund Ersuchen (§ 2200)	745
e) Form	746

f) Person des Testamentsvollstreckers	746
g) Durch Testament	749
h) Beginn des Amtes des Testamentsvollstreckers (§ 2202 Abs. 1)	751
4. Regelmäßige Aufgaben und Befugnisse des Testamentsvollstreckers	752
a) Die Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis des Testamentsvollstreckers	752
b) Das Schenkungsverbot	755
c) Die Verpflichtungsbefugnis des Testamentsvollstreckers	756
5. Möglichkeiten, die Testamentsvollstreckung gegenüber dem Normalfall abzuändern	758
a) Regelmäßiger Aufgabenkreis	758
b) Die Einschränkung der Befugnisse des Testamentsvollstreckers gem. § 2208	758
c) Die Erweiterung der Befugnisse des Testamentsvollstreckers	760
d) Übertragung von Sonderfunktionen auf den Testamentsvollstrecker	761
e) Die Verbesserung der Kontrolle des Testamentsvollstreckers durch Maßnahmen des Erblassers	763
6. Rechtsstellung des Testamentsvollstreckers	763
7. Die Rechtsstellung der Erben und ihr Verhältnis zum Testamentsvollstrecker	764
8. Vollstreckungsschutz durch Testamentsvollstreckung	767
9. Verhältnis des Testamentsvollstreckers zum Nachlassgericht	769
10. Testamentsvollstreckung, trans- und postmortale Vollmacht sowie Treuhand	770
a) Vollmacht ab dem Tod und über den Tod hinaus	770
b) Durch erbrechtliche Druckmittel erzwungene Vollmacht des Erben	775
c) Treuhandlösung	776
11. Testamentsvollstreckung und Grundbuch	776
12. Testamentsvollstreckung im Unternehmensbereich	780
a) Einführung, eingeschränkte Zulässigkeit	780
b) Einzelkaufmännisches Unternehmen	781
c) Beteiligung als persönlich haftender Gesellschafter (OHG, KG, GbR)	786
d) Testamentsvollstreckung an Kommanditanteilen	790
e) Testamentsvollstreckung an GmbH-Anteilen	791
f) Testamentsvollstreckung über Aktien	792
g) Stille Gesellschaft	793
13. Die Vergütung des Testamentsvollstreckers	793
14. Der vermeintliche Testamentsvollstrecker	797
15. Rechte und Pflichten des Testamentsvollstreckers im erbschaftsteuerlichen Verfahren	798
16. Beendigung der Testamentsvollstreckung	799
17. Checkliste für die Testamentsvollstreckung	803
III. Bedingte Zuwendung, insbesondere erbrechtliche Straf- und Verwirkungsklauseln	805
1. Bedingte Zuwendungen	805
a) Zulässigkeit, Begriff und Inhalt	805
b) Rechtsfolgen des Eintritts oder Ausfalls der Bedingung	807
c) Auslegungsregeln	808
d) Anwendungsfälle bedingter Zuwendungen	809

2. Insbesondere erbrechtliche Straf- und Verwirkungsklauseln	809
a) Allgemeine Verwirkungsklauseln	809
b) Besondere Verwirkungsklauseln	812
3. Checkliste für bedingte Zuwendungen	813
IV. Teilungsanordnung, Übernahmerecht und Teilungsverbot	814
1. Überblick	814
2. Verwaltungsanordnungen	814
3. Teilungsanordnungen (§ 2048)	814
a) Rechtsnatur	814
b) Arten von Teilungsanordnungen	816
c) Sicherung der Erfüllung von Teilungsanordnungen	817
d) Teilungsanordnung und Vorausvermächtnis	817
e) Gestaltungsmöglichkeiten für gegenständliche Zuwendungen	820
f) Teilungsanordnung und Nacherbfolge	822
g) Teilungsanordnung und erbrechtliche Bindung	823
h) Teilungsanordnung und Erbschaftsteuer	824
4. Übernahmerecht	824
5. Erbteilungsverbot	825
a) Mögliche Rechtsnatur des Teilungsverbots	825
b) Die reine Teilungsanordnung nach § 2044 Abs. 1 (Ausschluss der Auseinandersetzung)	826
c) Verstärkte Teilungsanordnungen	827
d) Zeitliche Begrenzung	827
e) Maßnahmen zur Durchsetzung des Erblasserwillens	828
f) Teilungsverbot und Grundbuch	828
6. Checkliste zu Erblasseranordnungen über die Nachlassauseinandersetzung	828
V. Stiftungen	829
1. Überblick	829
2. Rechtsfähige Stiftung (§§ 80 ff)	831
a) Begriff, Rechtsnatur und Anwendungsbereich	831
b) Wesensmerkmale der rechtsfähigen Stiftung	831
c) Entstehung und Funktion der Stiftung	832
d) Sonderformen der rechtsfähigen Stiftung	838
e) Besteuerung der rechtsfähigen Stiftung nach ErbStG	839
3. Nichtrechtsfähige Stiftung	840
a) Anwendungsbereich, Rechtsnatur und Entstehung	840
b) Testamentarisches Familiengut	842
c) Andere Ersatzformen der Stiftung	843
VI. Familienrechtliche Anordnungen	843
1. Beschränkung der elterlichen Vermögenssorge	843
2. Vormundbenennungsrecht der Eltern	845
3. Regelung güterrechtlicher Verhältnisse	846
VII. Letztwillige Schiedsklauseln	847
VIII. Trans- und postmortale Vollmacht	849
IX. Motivangabe zwecks Auslegungs- und Anfechtungsmöglichkeit	849
X. Übersicht über die Einflussmöglichkeiten des Erblassers nach seinem Tod	850
1. Wirkungsgrad	851
2. Verbindlichkeit	852
3. Wirkungskdauer	852
4. Gleichlauf mehrerer Beschränkungen	853

§ 16	Widerruf und Aufhebung von Verfügungen von Todes wegen	854
	I. Widerruf testamentarischer Verfügungen	854
	1. Rechtsnatur und Voraussetzungen des Widerrufs	854
	2. Arten des Widerrufs	855
	a) Widerruf durch Testament (§ 2254)	855
	b) Widerruf durch Vernichtung oder Veränderung der Testamentsurkunde (§ 2255)	855
	c) Widerruf durch Rücknahme eines öffentlichen Testaments aus der besonderen amtlichen Verwahrung (§ 2256)	856
	d) Widerruf durch ein späteres Testament abweichenden Inhalts (§ 2258)	857
	e) Widerruf durch erschöpfende spätere Verfügung von Todes wegen	859
	f) Widerrufswirkung	859
	3. Beseitigung des Widerrufs	859
	a) Widerruf des Widerrufs (§ 2257)	859
	b) Anfechtung des Widerrufs (§§ 2078 ff.)	859
	II. Widerruf gemeinschaftlicher Testamente	861
	1. Widerruf einseitiger Verfügungen	861
	2. Widerruf wechselbezüglicher Verfügungen	861
	III. Aufhebung und Rücktritt vom Erbvertrag	862

3. Teil. Form, Formulierung und Aufbau von Verfügungen von Todes wegen

§ 17	Die Form der Errichtung von Verfügungen von Todes wegen	867
	I. Testamentsformen, Formzwecke und Folgen eines Formverstößes	868
	II. Die Wahl zwischen den ordentlichen Testamentsformen	869
	III. Form der Errichtung des Testaments	870
	1. Das öffentliche Testament	870
	a) Errichtung durch Erklärung gegenüber dem Notar	870
	b) Errichtung durch Übergabe einer offenen Schrift	882
	c) Errichtung durch Übergabe einer verschlossenen Schrift	884
	d) Übersicht über Sondervorschriften für Verfügungen von Todes wegen behinderter Personen	884
	2. Das eigenhändige Testament	887
	a) Vorhandensein des Testierwillens	887
	b) Eigenhändige Niederschrift (§ 2247 Abs. 1, 1. Voraussetzung)	888
	c) Eigenhändige Namensunterschrift des Erblassers (§ 2247 Abs. 1, 2. Voraussetzung)	890
	d) Orts- und Datumsangabe der Errichtung (§ 2274 Abs. 2, 5)	893
	e) Beweisfragen	893
	f) Eigenhändiges gemeinschaftliches Testament (§ 2267)	893
	g) Verwahrung eigenhändiger Testamente	894
	3. Die Nottestamente	894
	a) Das Bürgermeistertestament	894
	b) Das Dreizeugentestament	898
	IV. Form des gemeinschaftlichen Testaments	901
	V. Form des Erbvertrages	901
	1. Zweck und Rechtsnatur des Erbvertrages	901
	2. Die Errichtung des Erbvertrages	901
	3. Form der Errichtung von Ehe- und Erbverträgen	902

4. Urkundenbehandlung beim Erbvertrag	903
a) Verwahrung durch den Notar	903
b) Ablieferung in die besondere amtliche Verwahrung	903
c) Ermittlungen nach Ablauf von 30 Jahren	904
d) Zurücknahme aus der Verwahrung	905
e) Änderung seit 1. 1. 2012	905
§ 18 Aufbau und äußere Gestaltung von Verfügungen von Todes wegen	906
I. Aufbauschema für einseitige Testamente (die Feinabstimmung ist jeweils in den in Bezug genommenen Checklisten enthalten)	907
II. Aufbauschema für gegenseitige Testamente	908
III. Aufbauschema für Erbverträge	909
 4. Teil. Vorbereitende Erbfolgendermaßnahmen durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden	
§ 19 Verträge mit und unter künftigen Erben	911
I. Erb- und/oder Pflichtteilsverzichtsvertrag	912
1. Begriff und Abgrenzung	912
2. Rechtswirkungen	913
3. Wirksamkeitsschranken und Inhaltskontrolle	914
4. Beschränkungsmöglichkeiten beim Verzicht	916
5. Insbesondere bloßer Pflichtteilsverzicht	917
6. Insbesondere gegenständlich beschränkter Pflichtteilsverzicht	917
7. Insbesondere Erb- und/oder Pflichtteilsverzicht unter einer Bedingung oder einer Befristung	918
a) Allgemein	918
b) Wirkung der Bedingung oder Befristung	919
c) Verzicht zugunsten eines anderen (relativer Erbverzicht)	920
8. Formbedürftigkeit und persönliche Voraussetzungen des Verzichts ...	921
a) Form	921
b) Persönliche Voraussetzungen des Erblassers	922
c) Persönliche Voraussetzungen des Verzichtenden	923
9. Stillschweigender Erbverzicht	923
10. Aufhebung des Erbverzichts	924
11. Entgeltlicher Erb- und/oder Pflichtteilsverzichtsvertrag	925
12. Erb- und/oder Pflichtteilsverzicht und Pflichtteilsergänzungsanspruch	927
13. Urkundenbehandlung, Mitteilungspflichten	928
14. Erbschaft- und Schenkungsteuer	928
15. Checkliste für Erb- und/oder Pflichtteilsverzichtsverträge	928
II. Zuwendungsverzichtsvertrag	929
1. Gegenstand und Voraussetzungen des Zuwendungsverzichts	929
2. Wirkung des Zuwendungsverzichts	930
a) Allgemein	930
b) Die (eingeschränkte) Erstreckungswirkung des Zuwendungsverzichts seit 1. 1. 2010	930
c) Die Erstreckungswirkung durch ergänzende Auslegung	932
d) Einschränkung des Zuwendungsverzichts	933
e) Ausdehnung der Verzichtswirkung auf andere letztwillige Zuwendungen durch Auslegung	933
f) Die Aufhebbarkeit des Zuwendungsverzichtsvertrages	934
3. Checkliste für Zuwendungsverzichtsverträge:	934

III. Der Zweck von Erb- bzw. Zuwendungs- und/oder Pflichtteilsverzichtsverträgen	935
1. Allgemeine Zweckmäßigkeit	935
2. Fallgruppen	936
a) Erb- und/oder Zuwendungsverzicht	936
b) Bloßer Pflichtteilsverzicht	937
IV. Notarieller Erbschaftsvertrag unter künftigen gesetzlichen Erben ohne Beteiligung des Erblassers (§ 311b Abs. 5)	938
1. Die Tragweite der Verbotsnorm des § 311b Abs. 4	938
a) Grundsatz	938
b) Verträge über Einzelgegenstände	938
c) Verträge über Vermächtnisse	939
d) Erbverträge	939
e) Verträge des Erblassers selbst	939
2. Verträge gemäß § 311b Abs. 5	939
a) Vertragsbeteiligte	940
b) Vertragsgegenstand	940
V. Schuldrechtliche Nachlassverträge unter Beteiligung des Erblassers	943
VI. Die frühere Möglichkeit eines vorzeitigen Erbausgleichs des nichtehelichen Kindes	946
§ 20 Gesellschaftsvertragliche Nachfolgeregelungen	948
I. Nachfolgeregelungen bei Personengesellschaften	949
1. Die gesetzliche Regelung beim Tod eines Gesellschafters und die vertraglichen Regelungsmöglichkeiten	949
a) Die Gesetzliche Regelung der Vererbung von Anteilen an Personengesellschaften	949
b) Vertragliche Regelungsmöglichkeiten zur Fortsetzung der Gesellschaft	950
2. Fortsetzung gemäß gesetzlicher Regelung oder auf Grund einer einfachen Fortsetzungsklausel (Ausschluss- oder Anwachsungsklausel)	952
a) Fortsetzung der Gesellschaft unter den übrigen Gesellschaftern (§ 131 Abs. 3 Nr. 1 HGB)	952
b) Ausschluss oder Beschränkung des Abfindungsanspruchs der Erben	953
c) Rechtsstellung der Nachlassbeteiligten	955
d) Keine unterstützende Verfügung von Todes wegen erforderlich ..	958
e) Formulierungsvorschlag für eine einfache Fortsetzungsklausel	958
3. Einfache erbrechtliche Nachfolgeklausel	959
a) Rechtliche Gestaltung und Wirkung der Klausel	959
b) Gesellschaftsvertragliche Modifizierungen der einfachen Nachfolgeklausel	961
c) Rechtsstellung der übrigen Nachlassbeteiligten	964
d) Formulierungsvorschlag einer einfachen erbrechtlichen Nachfolgeklausel:	966
4. Qualifizierte erbrechtliche Nachfolgeklausel	966
a) Rechtliche Gestaltung und Wirkung der Klausel	966
b) Ausgestaltung der qualifizierten Nachfolgeklausel	968
c) Die fehlgeschlagene qualifizierte Nachfolgeklausel	969
d) Der Wertausgleich der nachfolgenden mit den weichenden Erben	969
e) Sonderprobleme bei Nacherbfolge	971

f) Rechtsstellung der übrigen Nachlassbeteiligten	971
g) Formulierungsvorschlag für eine qualifizierte erbrechtliche Nachfolgeklausel:	972
5. Rechtsgeschäftliche Eintrittsklausel	972
a) Rechtliche Gestaltung und Wirkung der Klausel	972
b) Rechtsstellung der übrigen Nachlassbeteiligten	975
c) Formulierungsvorschlag für eine rechtsgeschäftliche Eintrittsklausel:	975
6. Gesellschaftsvertragliche Nachfolgeklausel	976
a) Rechtliche Gestaltung und Wirkung der Klausel	976
b) Rechtsstellung der übrigen Nachlassbeteiligten	976
c) Formulierungsvorschlag einer gesellschaftsvertraglichen Nachfolgeklausel:	977
7. Erwägungen zur Auswahl der Nachfolgeklausel	977
a) Lösung zugunsten der Gesellschaft	977
b) Lösung zugunsten der Gesellschaftererben	978
8. Die steuerlichen Auswirkungen der verschiedenen Nachfolgeregelungen	979
a) Erbschaftsteuer	979
b) Einkommensteuer	980
II. Nachfolgeregelungen bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung	982
 5. Teil. Fallgruppen von Gestaltungsmöglichkeiten von Todes wegen	
§ 21 Regulationstypen im Privatbereich	987
I. Fallgruppenbildung	989
II. Verfügungen von Todes wegen zwischen Ehegatten	989
1. Überblick	989
2. Noch kinderlose junge Ehegatten	990
3. Ehegatten mit Kindern	991
4. Ältere Ehegatten mit Kindern	993
5. Ältere Ehegatten ohne Kinder	994
6. Ehegatten nach Wiederverheiratung im vorgerückten Alter	995
7. Ehegatten mit einseitigen Abkömmlingen („Patchwork-Familie“) ...	995
a) Überblick	995
b) Begünstigung der jeweils einseitigen Kinder	997
c) Gleichbehandlung aller Kinder	997
d) Begünstigung nur der Kinder eines Ehegatten	998
8. Einseitiges Vermögen eines Ehegatten	998
9. Großes Vermögen	999
10. Nur Hausrat vorhanden	999
11. Ausländische oder gemischtnationale Ehegatten	999
III. Verfügungen getrennt lebender Ehegatten	1000
IV. Verfügungen geschiedener Ehegatten („Geschiedenentestament“)	1001
1. Überblick	1001
2. Nacherbfolgelösung	1004
3. Herausgabevermächtislösung	1006
4. Kombinationslösung	1010
V. Verfügungen von nichtehelichen Lebensgefährten und eingetragenen Lebenspartnern	1012
1. Nichteheliche Lebensgefährten	1012
2. Eingetragene Lebenspartner	1013
3. Erbschaftsteuer	1014

VI. Letztwillige Verfügungen Alleinstehender	1015
VII. Verfügungen von Eltern mit behinderten Kindern (Behindertentestament)	1015
1. „Behindertentestament“, sozialrechtliche Grundlagen, Regelungsziele	1015
a) „Behindertentestament“	1015
b) Sozialrechtliche Grundlagen	1016
c) Regelungsziele	1017
2. Lösungsmöglichkeiten im Überblick	1018
a) Grundstruktur des Behindertentestaments	1018
b) Überblick über Lösungsmodelle	1018
c) Gestaltungen ohne Entlastungswirkung	1019
3. Nacherbschaftslösung	1021
a) Vor- und Nacherbeinsetzung	1021
b) Testamentsvollstreckung	1023
c) Verwaltungsanordnung (§ 2216 Abs. 2 S. 1)	1025
4. Nachvermächtnislösung	1027
5. Zulässigkeit und Anwendungsbereich des Behindertentestaments	1029
a) Zulässigkeit	1029
b) Anwendungsbereich	1031
VIII. Zuwendungen zugunsten Verschuldeter und Sozialhilfeempfänger („Bedürftigentestament“)	1033
1. Überblick, Gestaltungsziele	1033
2. Gesetzliche Erbfolge, unbeschränkte und unbeschwerte erbrechtliche Zuwendung, Ausschlagung	1034
a) Zugriffsmöglichkeit	1034
b) Ausschlagung	1035
c) Erbverzicht	1036
3. Ausschluss des Bedürftigen vom Erbe, Pflichtteilsanspruch, Pflichtteilsverzicht	1036
a) Ausschluss des Bedürftigen vom Erbe	1036
b) Pflichtteilsanspruch	1036
c) Pflichtteilsverzicht, Nichtgeltendmachung des Pflichtteils	1037
4. Vorerbschaft, Testamentsvollstreckung, Anordnungen gemäß § 2338	1037
a) Vor- und Nacherbschaft, Dauertestamentsvollstreckung	1037
b) Pflichtteilsbeschränkung gemäß § 2338	1039
5. Vermächtnis zugunsten des Bedürftigen	1040
a) Vermächtnisweise Zuwendung nicht pfändbarer Vermögensgegenstände	1040
b) Ausschlagung eines Vermächtnisses	1041
6. Entfallen der Anordnungen nach Wegfall der Überschuldung	1041
IX. Vermeidung oder Minderung von Pflichtteilsansprüchen und Pflichtteilsergänzungsansprüchen (Pflichtteilsreduzierung)	1044
1. Überblick	1044
2. Einvernehmliche Rechtsgeschäfte mit dem Pflichtteilsberechtigten (Pflichtteilsverzicht, Vermeidung Erbverzicht, Pflichtteilsanrechnung)	1044
a) Pflichtteilsverzichtsvertrag	1044
b) Vermeidung Erbverzicht	1046
c) Pflichtteilsanrechnungsbestimmung	1047
3. Familienrechtliche Gestaltungen	1047
a) Ehegüterstand	1047
b) Statusänderungen	1049

c) Unterhaltszahlungen	1050
4. Pflichtteilswirksame Verringerung des Nachlasses	1051
a) Allgemeines, Pflichtteilsergänzung	1051
b) Zehnjahresfrist; Fristanlauf bei Nießbrauchsvorbehalt	1052
c) Gesellschaftsrechtliche Vereinbarungen	1054
d) Ausstattung	1055
e) Sonstige Zuwendungen	1055
5. Gestaltung durch letztwillige Verfügung	1057
a) Erbgänge richtig gestalten	1057
b) Pflichtteilsentziehung	1057
c) Pflichtteilsbeschränkung (§ 2338)	1058
d) Landgut (§ 2312)	1058
e) Voraus des Ehegatten	1059
f) Pflichtteilsstrafklausel	1060
6. Ausländische Rechtsordnung	1060
X. Verfügungen bei Vorhandensein eines nichtehelichen Kindes	1061
XI. Verfügungen Deutscher mit ausländischem Grundbesitz	1062
XII. Besondere Zielvorstellungen der Erblasser	1062
1. Einzelzuwendungen	1062
2. Gegenständliche Verteilung des Nachlasses ohne Erbeinsetzung	1062
3. Drittbestimmung von Zuwendung und/oder Zuwendungsempfänger	1063
4. Getrennte Zuwendung von Nutzung und Substanz	1064
5. Erhaltung des Nachlasses für Endbedachte	1064
6. Weitgehendste Beschränkung der Bedachten	1064
7. Beschwerung eines Bedachten	1065
8. Spannungsfreie Erbengemeinschaft durch gezielte Erbeauswahl	1065
9. Pflichtteilsfreies Testament	1066
10. Versorgung von Tieren und Zuwendungen an nicht rechtsfähige Personen-Vereinigungen	1067
11. Nachlassgegenstand soll möglichst lange im Familienbesitz bleiben ..	1067
12. Zuwendungen an beim Erbfall noch nicht erzeugte Bedachte	1067
XIII. Verpfändungsvertrag	1068
§ 22 Typische Regelungsziele der Erblasser im Unternehmensbereich	1069
I. Nachfolgeregelungen beim Einzelkaufmännischen Unternehmen	1070
1. Einzelunternehmen bei mehreren Erben	1070
2. Erbengemeinschaft als Inhaber eines Einzelunternehmens	1071
3. Haftung der Erben für die Geschäftsschulden	1072
II. Nachfolgeregelungen bei Unternehmensbeteiligungen	1073
III. Die Beschränkung der Minderjährigenhaftung	1073
1. Die Haftungsbeschränkungsmöglichkeit	1074
2. Das Sonderkündigungsrecht	1074
IV. Zuwendung von Nutzungsrechten an Einzelkaufmännischen Unternehmen	1075
V. Zuwendungen von Nutzungsrechten an Unternehmensbeteiligungen ...	1075
VI. Bestimmung des Unternehmensnachfolgers durch Dritte (vorzeitiges Unternehmertestament)	1076
VII. Willensfortdauer durch Testamentsvollstreckung im Unternehmensbereich	1077
VIII. Ausschaltung störender Pflichtteilsansprüche	1077
IX. Verfügungen verheirateter Unternehmer mit Abkömmlingen	1078
X. Verfügungen eines Unternehmers zugunsten der zweiten Generation	1078

XI. Verfügungen bei Mitarbeit des Ehepartners im Unternehmen	1079
XII. Ertragsteuerlich günstige Wahl zwischen Erbeinsetzung und Vermächtnis beim Unternehmertestament	1079
1. Rechtslage ab der Entscheidung des Großen Senats des BFH	1079
2. Umsetzung dieser Rechtsprechung durch das BMF-Schreiben vom 14. 3. 2006, geändert durch das BMF-Schreiben vom 27. 12. 2018 ...	1080
a) Steuerneutrale Realteilung	1080
b) Betriebsaufgabe	1081
c) Ausgleichszahlung	1081
d) Übernahme von Verbindlichkeiten über die Erbquote hinaus	1081
e) Erbauseinandersetzung über einen Mischnachlass	1081
f) Vermächtnisse aus Betriebsvermögen	1082
3. Noch mögliche steuerneutrale Gestaltungen	1082
 6. Teil. Die Beeinflussung der Erbfolge nach dem Erbfall	
§ 23 Die Auslegung von Verfügungen von Todes wegen	1085
I. Auslegungsgrundsätze	1086
1. Für Willenserklärungen unter Lebenden	1086
2. Für einseitige Testamente	1087
3. Für Erbverträge und gemeinschaftliche Testamente	1089
a) Einseitige und nicht wechselbezügliche Verfügungen	1089
b) Vertragmäßige Verfügungen in einseitigen Erbverträgen und wechselbezügliche Verfügungen in gemeinschaftlichen Ehegattentestamenten	1089
c) Vertragmäßige Verfügungen in gegenseitigen Erbverträgen	1090
d) Auslegung durch den erbrechtlich gebundenen Erblasser	1090
II. Auslegungsmethoden	1091
1. Einfache, unmittelbare oder erläuternde Auslegung	1091
2. Erforschung des mutmaßlichen Willens	1094
3. Gesetzliche Auslegungs- und Ergänzungsregeln	1095
4. Keine Kumulation von gesetzlichen Auslegungsregeln!	1095
5. Tatsächliche Vermutungen	1096
III. Die ergänzende Auslegung	1096
1. Voraussetzungen	1096
2. Methode der ergänzenden Testamentsauslegung	1098
3. Vorrang der Auslegung	1100
4. Keine zeitlichen Grenzen der ergänzenden Auslegung	1100
5. Fallgruppen ergänzender Auslegung	1101
a) Die mutmaßliche Ersatzerbeinsetzung	1101
b) Der Zuwendungsverzichtsvertrag	1101
c) Nacherbenanwartschaft	1102
d) Zustimmungserklärung	1102
e) Veränderung der Vermögensverhältnisse des Erblassers	1102
f) Veränderungen an einem vermachten Gegenstand	1103
g) Änderung der Rechtslage zwischen Testamentserrichtung und Erbfall	1103
h) Geldentwertung und Währungsänderung	1103
i) Erbrechtliche Bindung	1103
k) Änderungsvorbehalte bei gemeinschaftlichen Ehegattentestamenten und in Erbverträgen	1103
l) Unvorhergesehenes Verhalten des Bedachten	1104

m) Ergänzende Auslegung bei Testamenten mit deutsch-deutscher Beziehung	1104
n) Feststellung des Aufrechterhaltungswillens nach §§ 2077 Abs. 3, 2268 Abs. 2 BGB durch ergänzende Auslegung	1104
6. Das Verhältnis der ergänzenden Auslegung zur Anfechtung wegen Motivirrtum	1105
IV. Prozessuale Behandlung der Auslegung	1105
V. Der Auslegungsvertrag	1106
VI. Die Funktion der besonderen gesetzlichen Auslegungsregeln	1107
VII. Veränderungen der Wirklichkeit zwischen Testamentserrichtung und Erbfall	1109
1. Gesetzliche Anpassungsvorschriften	1109
2. Vom Erblasser ausdrücklich gesetzte Voraussetzungen	1109
3. Geltendmachung hypothetischer Voraussetzungen durch enttäuschte Erbanwärter	1112
a) Ergänzende Auslegung	1112
b) Anfechtung wegen Motivirrtums	1112
VIII. Folgerungen der Testamentsgestaltung aus der Auslegungspraxis	1113
1. Auslegungsgrundsätze, die die Testamentsgestaltung vor allem beeinflussen	1114
2. Die Reaktion der Testamentsgestaltung auf diese Auslegungsgrundsätze	1114
3. Sprachliche Fassung der Verfügung von Todes wegen	1115
§ 24 Die Anfechtung von Verfügungen von Todes wegen	1117
I. Anfechtungsmöglichkeiten von Verfügungen von Todes wegen	1117
II. Die einzelnen erbrechtlichen Anfechtungsgründe	1118
1. Anfechtung wegen Irrtums über die Erklärungshandlung oder die Erklärungsbedeutung	1118
2. Anfechtung wegen Drohung	1120
3. Anfechtung wegen Irrtums im Beweggrund (Motivirrtum)	1120
4. Anfechtung wegen Übergehungen eines Pflichtteilsberechtigten	1123
5. „Unbewusste Vorstellungen“ als erbrechtlicher Anfechtungsgrund ..	1124
6. Motivangabe in der Verfügung	1125
7. Einschränkung der Anfechtungsmöglichkeit durch Kausalitäts- bzw. Erheblichkeitsprüfung	1126
8. Vorausverzicht auf das Anfechtungsrecht	1127
9. Bestätigung einer anfechtbaren Verfügung von Todes wegen	1128
III. Anfechtungsberechtigung	1129
1. Die Selbstanfechtung des Erblassers	1129
2. Die Anfechtung durch Dritte (Fremdanfechtung)	1131
3. Andere Vertragsschließende	1132
IV. Die Anfechtungserklärung	1133
1. Bei Fremdanfechtung	1133
2. Bei Selbstanfechtung	1133
V. Die Anfechtungsfrist	1133
VI. Einrede der Anfechtbarkeit	1134
VII. Die Wirkung der Anfechtung	1134
VIII. Beweislast	1135
IX. Das Verhältnis der ergänzenden Auslegung zur Anfechtung wegen Motivirrtum	1135
X. Übersicht über die Anfechtungsmöglichkeiten in Verfügungen von Todes wegen	1136

XI. Die bedingte Anfechtung	1137
1. Allgemeines	1137
2. Die Eventualanfechtung	1137
3. Vorrang der Auslegung	1138
§ 25 Die Ausschlagung der Erbschaft	1139
I. Allgemeines	1139
II. Beginn der Ausschlagungsfrist, Hemmung	1140
III. Gründe für die Erbausschlagung sind vor allem:	1141
IV. Die rechtliche Wirkung der Ausschlagung	1142
V. Ausschlagung zwecks Befreiung von der erbrechtlichen Bindung	1142
VI. Die Anfechtung der Ausschlagung nach den §§ 119 ff.	1142
VII. Die bedingte Ausschlagung	1144
1. Allgemein über das Bedingungsrecht	1144
a) Die Bedingung iSd § 158 BGB	1144
b) Bedingungsfeindliche Rechtsgeschäfte	1145
c) Motivangabe	1145
d) Die Gegenwartsbedingung (Unterstellung, Voraussetzung oder uneigentliche Bedingung)	1146
e) Die Rechtsbedingung	1146
2. Allgemeines zur bedingten Ausschlagung	1146
a) Die Fallgruppen der zulässigen Voraussetzungen:	1146
b) Ausschlagung unter Vorbehalt des Pflichtteils	1147
Stichwortverzeichnis	1149



beck-shop.de

 DIE FACHBUCHHANDLUNG